

SCHWEIZ

Swiss: Allianz mit deutschen Kollegen



KLOTEN – Nach der Übernahme der Swiss durch die Lufthansa will das Kabinenpersonal beider Unternehmen zusammenschliessen: Die Schweizer Kapers schliesst eine Allianz mit der deutschen UFO (Unabhängige Flugbegleiter Organisation). Ein entsprechender Vertrag soll in den nächsten Wochen abgeschlossen werden, wie Kapers am Freitag mitteilte. Bei Verhandlungen wollen die beiden Organisationen künftig ihre Positionen abstimmen. Beide Gewerkschaften betonten, eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Kabinenpersonals könne nicht hingenommen werden. (sda)

UBS sankt Zinsen für Sparkonti

ZÜRICH – Die UBS senkt ihre Zinssätze für Spar- und Privatkonti sowie Vorsorge- und Freizügigkeitskonti. Damit reagiert sie auf die gesunkenen Zinsen am Kapitalmarkt, die gedämpften Konjunkturprognosen und die begrenzten Inflationsrisiken. Damit werden Sparkonti (und Mieterkautionssparkonti) neu mit 0,375 Prozent statt 0,5 Prozent verzinst, wie die UBS am Freitag mitteilte. Bei den Vorsorge- und Freizügigkeitskonti werden die Zinssätze von 1,5 Prozent auf 1,25 Prozent gesenkt. (sda)

DEUTSCHLAND

Zukunft von Cordes bei Daimler weiter offen

STUTTGART – Einen Tag nach dem Rücktritt von DaimlerChrysler-Vorstandschef Jürgen Schrempf richtet sich der Blick auf Mercedes-Boss Eckhard Cordes. Wie aus gut informierten Kreisen am Freitag in Stuttgart zu erfahren war, soll die Zukunft von Cordes bei DaimlerChrysler noch ungeklärt sein. Alles sei offen, hiess es. Nach der Bestimmung von Dieter Zetsche als Nachfolger Schrempfs habe Cordes am Vortag den Aufsichtsrat um die Auflösung seines Vertrags gebeten. Bei der Aufsichtsrats-Sitzung am Donnerstag sei dies aber kein Thema gewesen. (AP)

VW-Konzern: Sparkurs zeigt Wirkung



WOLFSBURG – Der harte Sparkurs bei Europas grösstem Autobauer Volkswagen zeigt Wirkung. Im zweiten Quartal hat der Konzern, der seit Wochen von einer Korruptionsaffäre erschüttert wird, beim operativen Ergebnis deutlich zugelegt. Allerdings schreibt die Kernmarke VW weiter rote Zahlen, wie die Nachrichtenagentur dpa am Freitag im Umfeld des Konzerns erfuhr. In seinen beiden wichtigsten Auslandsmärkten China und den USA verzeichnet VW derzeit Verluste. (sda)

UniCredit-Hauptversammlung stimmt HVB-Übernahme zu

GENUA – Der Weg für die Übernahme der HypoVereinsbank durch die italienische Grossbank UniCredit ist frei: Die Aktionäre von UniCredit stimmten am Freitag auf einer ausserordentlichen Hauptversammlung in Genua für die notwendige Kapitalerhöhung. Die Fusion sei «eine Operation, die fundamental für unsere Zukunft ist», sagte UniCredit-Chef Alessandro Profumo in Genua. Viele Konkurrenten strebten solche grenzüberschreitenden Fusionen an. «Aber wir sind die ersten, die sich bewegt haben.» (sda)

Kommt Hormonfleisch?

Freihandelsabkommen: Kaum Konzessionen der USA erwartet

BERN – Sollte ein Freihandelsabkommen der Schweiz mit den USA den Marktzugang von Genfood und Hormonfleisch vorsehen, komme dies einer Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik gleich. Dies hält Jacques Chavaz, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW), fest.

Chavaz geht davon aus, dass die USA beim Agrardossier kaum Konzessionen machen werden: «Die USA wollen früher oder später auch mit der EU ein Freihandelsabkommen abschliessen.» Die Verhandlungen mit der Schweiz stellen quasi einen Präzedenzfall dar, wie er am Freitag in einem Interview gegenüber dem «Tages-Anzeiger» erklärte. Sollten die USA auf Genfood und Hormonfleisch-Exporte beharren, hätte dies auch für Schweizer Landwirte Konsequenzen: «Wahrscheinlich müssten wir unseren Bauern dann dieselben Produktionsmethoden erlauben», sagte Chavaz.

Allerdings glaubt er nicht, dass die Schweizer Konsumenten Fleisch von Kühen kaufen wollen, die mit Hormonen oder anderen



Sollten die USA auf Genfood und Hormonfleisch-Exporte beharren, hätte dies auch für die Schweiz Konsequenzen.

leistungssteigernden Stoffen behandelt worden sind. Dennoch würden die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wegen der Vorgaben der WTO im Inland unter Druck geraten, sagte er.

Die Schweiz wird im Herbst mit

den USA Vorgespräche über ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern führen. Darauf einigten sich Bundesrat Joseph Deiss und der US-Handelsbeauftragte Robert Portmann bei Gesprächen am vergangenen Freitag in

Washington. Ein solches Freihandelsabkommen würde die Einfuhrzölle von durchschnittlich 4,5 Prozent für verarbeitete Güter aufheben und einen bevorzugten Zugang der Schweizer Wirtschaft zum US-Markt schaffen. (sda)

LAFV-GASTBEITRAG

Lösungsvorschläge

Richard Werner: Nach Berichten des Yomiuri Shinbun

Das Tokio Colloquium und die Yomiuri International Economic Society waren die Sponsoren des diesjährigen Yomiuri International Forum am 6. Juli im Tokio Palace Hotel. Unter der Moderation vom weltbekannten ehemaligen Vize-Finanzminister Professor Eisuke Sakakibara, einfacher als «Mr. Yen» bekannt, diskutierte ein Expertengremium über Lösungsvorschläge, um Japans Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung anzugehen. Ein Kernthema war dabei das Problem der Veralterung der Gesellschaft.

Das Expertengremium bestand aus zwei bekannten Politikern und Mitgliedern des japanischen Parlaments, Yoshimasa Hayashi (LDP, derzeit Regierungspartei) und Yoshihiko Noda (DPJ, Opposition), sowie zwei bekannten Volkswirtschafts- und Finanzexperten, Professor Naoyuki Yoshino, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft an der Tokioter Keio Universität, und Professor Richard A. Werner, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Bankwissenschaft der britischen Universität von Southampton sowie Chefberater des Liechtensteiner Fondsmanagers Profit-FundCom AG.

Die Politiker stimmten überein, dass Kürzungen der fiskalen Staatsausgaben, sowie Kürzungen und schmerzliche Reformen im Bereich des Wohlfahrtsstaates unumgänglich seien. Um das Rentensystem vor dem Zusammenbruch zu retten seien höhere Beiträge und gekürzte Rentenauszahlungen notwendig. Moderator Prof. Sakakibara ergänzte diese Vorschläge durch seine These, dass mehr Ausländer in das Land eingeladen werden sollten, um die japanische Demographie zu verjüngen. Damit wäre dem Umlagensystem im Bereich der öffentlichen Pensionskasse, sowie der allgemeinen Krankenkasse geholfen.

Diese Vorschläge stiessen aller-

dings bei Finanzexperten Prof. Yoshino und Prof. Werner auf wenig Zustimmung. «Ich bin gegen mehr Einwanderung», betonte Yoshino. «Dies würde zu vielen Problemen führen.» Anstelle ausländische Arbeiter in das Land zu bringen schlug er vor, das japanische Rentenalter zu erhöhen, und damit ein Umfeld zu schaffen, in dem die ältere Generation weiter zum Sozialprodukt beitragen kann. «Wenn dies immer noch nicht ausreicht, dann sollten wir die Wissenschaft und Technologie, zum Beispiel durch Roboter, mehr nutzen, um uns zu dienen.» Ferner betonte Yoshino, dass das schlechte Image und Haushaltsprobleme in Japan auch auf die Rezession zurückzuführen sei, welche wiederum auf das Konto des Finanzsektors gehe.

Professor Werner stimmte zu, dass die Hauptursache für Japans Probleme in der langen Rezession zu suchen sei, welche 1992 begann. Denn selbst die USA hatten in den 1980er-Jahren Rekord-Haushaltsdefizite, über die internationale Symposien gehalten wurden. Doch gegen Ende der Clinton-Administration war das Problem fast gelöst. Dies sei hauptsächlich durch das starke und stabile Wirtschaftswachstum gelungen, welches wiederum auf die stimulierende monetäre Politik der Federal Reserve zurückginge. Nach Werner wäre es nicht verwunderlich, dass Japans Fiskalsituation brenzlig wurde, da sich das Land für über ein Jahrzehnt in Rezession befand und als einziges Land über sechs Jahre Deflation erleiden musste. Mit rezessionsbedingt weniger Einnahmen und mehr Ausgaben konnte der Haushalt nur leiden und die Staatsverschuldung häufte sich an. Dieses Problem hätte viel früher gelöst werden können, wenn die Zentralbank die Menge der Kreditschöpfung früher und stärker angekurbelt hätte, oder die Regierung die

Fiskalpolitik durch Verschuldung bei den Banken monetisiert hätte. Ohne Rezession wäre Japan wahrscheinlich weiterhin fast ohne Staatsverschuldung geblieben.

Auf die Frage, wie das demografische Problem angegangen werden sollte, antwortete Werner, dass er Prof. Yoshinos Ablehnung der Einwanderungspolitik teile. «Denken Sie doch mal nach, warum es immer weniger Japaner gibt: dies ist das Resultat von den Entscheidungen der Bürger. Diese Entscheidungen folgen der Anreizstruktur, welche von der Regierung gegeben wird. Wenn man diese Anreize ändert, kann man auch den demografischen Trend ändern. Ich schlage vor, die japanische Zentralbank zahlt 300 000 Yen pro neugeborenes Kind an die Eltern aus. Dies sollte nicht von Steuergeldern finanziert werden, sondern durch neue Kreditschöpfung, also im Prinzip neugedrucktes Geld. Es gilt die Regel, dass Kreditschöpfung nicht inflationär ist, wenn es zu produktiven Zwecken verwendet wird, und wenn die Wirtschaft unter ihrem maximalen Potenzial arbeitet. In Japan besteht Deflation, und was könnte produktiver sein, als Kinder zu schaffen?»

Den Einwand, dass der Betrag von 300 000 Yen doch wohl etwas hoch angesetzt sei, lehnte Werner mit dem Hinweis ab, dass Eltern wohl einen ähnlichen Betrag zum Aufziehen des Kindes über zwei Jahrzehnte ausgeben werden. Zudem werde viel mehr Geld für Hightech-Militärausrüstung und Waffen ausgegeben. «Geld sollte doch eher zur Schöpfung menschlichen Lebens als zu dessen Tötung ausgegeben werden.»

Verfasser: Richard Werner, Profit Fund Com.

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 29. Juli 2005

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 61.40

Rücknahmepreis: € 60.16

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 59.40

Rücknahmepreis: € 58.21

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austraase 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

ANZEIGE

VPBANK

VP Bank Fondsparkonti

Schweizer Franken	1.5 %
Euro	2 %
US Dollar	1.5 %
Japanische Yen	0.75 %

Auswahl verzinsten Konti

Sparkonto CHF	0.50 %
Jugendsparkonto CHF	1.0 %
Alterssparkonto CHF	0.75 %
Euro-Konto EUR	0.50 %

Festgeldanlagen in CHF

Mindestbetrag CHF 100 000.-		
Laufzeit	3 Monate	0.125 %
Laufzeit	6 Monate	0.125 %
Laufzeit	12 Monate	0.125 %

Kassenobligationen

Mindeststückelung CHF 1000.-			
2 Jahre	0.8125 %	7 Jahre	1.6875 %
3 Jahre	1.0000 %	8 Jahre	1.8125 %
4 Jahre	1.2500 %	9 Jahre	1.8750 %
5 Jahre	1.3750 %	10 Jahre	2.0000 %
6 Jahre	1.5625 %		

VP Bank-Titel

29. 07. 2005 (17:30 h)		
VP Bank-Inhaber	CHF	197.50
VP Bank-Namen	CHF	18.50

Edelmetallpreise

29. 07. 2005				
Gold	1 kg	CHF	Kauf 17'568.00	Verkauf 17'818.00
Gold	1 Unze	USD	426.35	429.35
Silber	1 kg	CHF	291.00	301.00

Wechselkurse

29. 07. 2005		
Noten	Kauf	Verkauf
USD	1.245	1.345
GBP	2.202	2.342
EUR	1.528	1.588

Devisen Kauf Verkauf
EUR 1.545 1.575*

* VP-Bank-Kunden beziehen Euronoten an den VP-Bank-Automaten zum Devisenkurs.

Alle Angaben ohne Gewähr.

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
9490 Vaduz - Auelstrasse 6 - Tel. +423 235 6699
www.vpbank.com - info@vpbank.com

VP Bank Fondsleitung Aktiengesellschaft
9490 Vaduz - Schmedgass 6 - Tel. +423 235 6699
www.vpbank.com - vpf@vpbank.com